



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/115 - 19.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Die Verträge und das Parlament	S. 1
Parteitag der französischen Sozialisten	S. 3
Der neue sowjetzonalen Innenminister	S. 4
Zur Bundestagsnachwahl in Bremen-Nord	S. 5
Bocksprünge der südwestdeutschen CDU	S. 6

Das Recht auf Aufklärung

(sp) Am Ende dieser Woche oder zu Beginn der nächsten sollen die in letzter Zeit immer wieder genannten Verträge unterzeichnet werden. Bei allen handelt es sich um mehr als normale internationale Vereinbarungen, es geht, wie der Abgeordnete Erlar am vergangenen Freitag sagte, "in Wahrheit um ein Stück Verfassung nicht nur der Bundesrepublik, sondern ganz Deutschlands".

Die SPD hatte die Einberufung einer Sondersitzung des Bundestages zur Beratung dieses ganzen Fragenbereiches beantragt. Wie auch die Entscheidung des Bundestagspräsidenten in dieser Frage ausfallen wird - sie wird ein klares Bild davon geben, ob die Mehrheit des Bundestages auf der bisherigen Linie der absoluten Selbstbescheidung und der vollen Ermächtigung für den Kanzler beharren will oder ob sie in letzter Minute durch den Präsidenten den Mut aufbringt, sich nicht zu einer Ja-sage-Maschine degradieren zu lassen. Vielleicht sieht der Präsident die formal-rechtliche Möglichkeit, den sozialdemokratischen Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung des Bundestages abzulehnen. In keinem Falle aber wäre er dazu genötigt. Bestimmend bleibt also der Wille, eine Debatte zustande kommen zu lassen oder sie

zu verhindern. Allein an diesem Punkt aber ist das ganze Problem interessant.

Die vom demokratischen Standpunkt aus bestürzende Tatsache war bereits jener Beschluß der Mehrheit des Bundestages, auf eine ausführliche Diskussion der umstrittenen Verträge noch vor ihrer Unterzeichnung überhaupt zu verzichten. Das ist eine blamable Selbsteinschätzung des Parlamentes, ein beschämendes Zurückweichen vor der Exekutive, erklärbar allein aus der doppelten Furcht vor dem Unwillen des Kanzlers, dem man sich gerade eben nach einer kleinen Scheinrebellion wieder gebeugt hatte, und der Furcht vor der öffentlichen Wirksamkeit der sachlichen Argumente der Opposition.

Der Abgeordnete Erler von der SPD hatte am Freitag richtig gesagt: "Wir müssen hier im Parlament unsere Meinung zu diesen Verträgen zur Geltung bringen, bevor es zu spät ist. Es genügt nicht, darüber zu diskutieren, wenn wir nachher nur noch vor der Frage stehen, Ja oder Nein. Aber das ist der Fall, wenn die Unterschrift geleistet ist. Dann geht es nur noch um die Ratifizierung oder ihre Verweigerung". Und er fügte hinzu: "Ich bitte Sie daher, das Recht auf Aufklärung unseres Volkes, das Recht auf Aufklärung des Parlamentes, das Recht auf Diskussion, das Recht auf Mitwirkung bei der Gestaltung unserer Politik zur Geltung zu bringen".

Nach jener Sitzung äußerte der Korrespondent einer großen ausländischen Zeitung, die niemals besondere Sympathien für die SPD aufgebracht hat, im Gespräch: "Diese Selbstentmannung des Bundestages ist furchtbar. Die Leute wollen ja gar nicht von den ihnen zustehenden Rechten Gebrauch machen. Wie soll sich denn bei solcher Einstellung eine Demokratie in Deutschland entwickeln?". Er werde das auch in seinem Blatt schreiben. Auf die Bemerkung, das solle er nur tun, wir würden ihn mit Freuden zitieren, bat er davon abzu- sehen - das erschwere hier seine Arbeit ...

Im Lager der Regierung hat man es der SPD besonders übelgenommen, daß sie in ihrer offiziellen Entschließung jede auf Bewaffnung gerichtete Maßnahme ohne vorangegangene Ergänzung und Änderung des Grundgesetzes einen Schritt in die Illegalität genannt hat. Und doch wäre sie es nach sozialdemokratischer Auffassung, denn ohne diese Einstellung wäre die Einbringung der Klage in Karlsruhe widersinnig gewesen. Niemand wird erwarten können, daß die SPD mit ihrer Ansicht, die Wiederbewaffnungspolitik der Bundesregierung bewege sich auf illegalen Bahnen, so lange zurückhält, bis das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat. Sie tut damit nichts anderes, als den Inhalt ihrer Klage vor dieser höchstenrichterlichen Instanz in aller Öffentlichkeit zu wiederholen. Das ist ihr gutes Recht. Es ist inkonsequent, eine Politik zu treiben, die sich so schweren Vorwürfen aussetzt und gleichzeitig sich darüber zu beschweren, daß diese Vorwürfe erhoben werden.

Die Situation ist für Deutschland in diesen Tagen so ernst, wie nie zuvor seit dem Ende des Krieges. Die einzige Genugtuung und Hoffnung besteht darin, daß die Unterschriften des Kanzlers allein kein bindendes Recht schaffen und daß zwischen Unterzeichnung und Ratifikation eine geraume Zeit liegt, in der sich vieles ändern kann.

Die französischen Sozialisten und die deutsche Frage

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Die zu dem am 22. Mai zusammentretenden Parteitag der SFIO vorliegenden Entschliessungsentwürfe erlauben eine Übersicht über die Meinungen der französischen Sozialisten zum Deutschland-Problem. Die SFIO hatte sich nur schwer und langsam von ihrem alten Standpunkt eines abgerüsteten Deutschland getrennt. In den Entschliessungsvorschlägen kommt das Unwohlsein, das die deutsche Frage in Frankreich auslöst, zu beredtem Ausdruck.

In einer Resolution wird unumwunden die Neutralisierung Deutschlands, sei sie bewaffnet oder unbewaffnet, als die größte Gefahr charakterisiert. Die bewaffnete Neutralität sei die ungünstigste Variante: Sie könnte zu einer "Erpressung" zwischen Ost und West führen und den Weg für ein neues Rapallo freimachen. Aber auch eine waffenlose Neutralität sei voller Gefahren, da sie die Verteidigung Frankreichs an den Rhein zurückverlege, sein Militärbudget vermehre und im übrigen Europa unmöglich mache. Daher wird die Beteiligung der Deutschen an der Europaarmee verlangt und die Schaffung einer politischen europäischen Gewalt.

Diese Tendenzen spielen jedoch die Rolle von Außenseitern. Die Mehrzahl der Entschliessungen stellt das Problem der deutschen Einheit in den Vordergrund. Eine entscheidende Bedeutung wird auf dem Parteitag der Stellungnahme von Grumbach, Daniel Mayer, Bracke und Depreux zukommen. Sie verlangen, daß man "ohne naive Illusionen, aber ohne à priori" Verhandlungen mit der Sowjet-Union aufnehme und daß man - bis ein Resultat vorliegt - auf die Ratifizierung des Vertrages der Europaarmee verzichte. Die Unterzeichner dieser Entschliessung lehnen das heutige Kleineuropa, das auf dem Ausschluß Großbritanniens und auf der Bewaffnung Westdeutschlands beruhe, ab. Das gegenwärtige Projekt der Europaarmee

"bedroht die wieder erwachende Demokratie in Deutschland, desorganisiert in einer kritischen Zeit das französische Heer und hält die Trennung Deutschlands, den konkretesten

Ausdruck der Spaltung Europas, aufrecht".

Die Verfasser glauben, daß - wenn man einen russischen Angriff für akut hält - die Europaarmee und die deutsche Aufrüstung zu spät kommen. Wenn man aber glaubt, daß die russische Expansion andere als gewaltsame Formen angenommen habe, dann sei "die deutsche Bewaffnung nicht nur unnützlich, sondern auch gefährlich".

Es ist wahrscheinlich, daß diese Resolution auf dem Parteitag einen bedeutenden Einfluß ausüben wird, da sie traditionelle Tendenzen der SFIO ausdrückt und sich darüber mit neuerlichen Stellungnahmen führender Parteinstanzen deckt (z.B. des Parteiausschusses im letzten Dezember, der die deutsche Einheit in den Vordergrund der Parteiziele stellte). In den Schließungen kommt im allgemeinen ein verstärktes Mißtrauen gegen eine mögliche "Aggressivität" der amerikanischen Außenpolitik zum Ausdruck. Überall wird demgegenüber eine festere Verknüpfung mit Großbritannien verlangt. Der Graben zwischen der Regierung und der SFIO wird täglich tiefer, und es ist wahrscheinlich, daß sich das auch auf außenpolitischem Gebiet bemerkbar macht, d.h. daß sich die Regierung auch hier auf die Zusammenarbeit mit den Gaullisten stützt, was sie von den Konzeptionen der SFIO nur noch mehr entfernen müßte.

+ + +

Der Günstling Ulbrichts

(sp) Sang- und klanglos verschwand aus dem politischen Leben der Sowjetzone der bisherige Innenminister Steinhoff, ein Mann, der zwar völlig auf die SED-Linie eingeschworen war, aber für die von den Pankower Machthabern offen betriebene Militarisierung der Sowjetzone nicht die genügende Wendigkeit und Rücksichtslosigkeit besaß. Sein Nachfolger, Willy Stoph, erfreut sich der besonderen Gunst des sonst unzugänglichen und finsternen SED-Diktators Ulbricht. Stoph stand bisher im Hintergrund. Er kommt aus der kommunistischen Arbeiterjugend, arbeitete während der Nazi-Zeit in Berlin als Bauhandwerker und Bautechniker und ist seit dem 3. Parteitag der SED Mitglied des Zentralkomitees. Im ZK-Sekretariat war Stoph verantwortlich für Wirtschaft.

Man sieht: Ein steiler Aufstieg auf der kommunistischen Stufenleiter, der mit der Ernennung zum Innenminister, neben dem Polizeiministerium die wichtigste Machtposition, seine vorläufige Krönung gefunden hat. Stoph ist mit dem ganzen Personal seiner früheren Dienststelle ins Innenministerium übersiedelt. In den Aufgabenbereich dieser Dienststelle fielen die Beaufsichtigung von Werften, Waffen- und Munitionsfabriken. Sämtliche Angestellte gehören der Volkspolizei an, schärfste Bewachung durch den SSD sicherten dieses geheimnisvolle Büro vor neugierigen Blicken. Beinahe überflüssig zu sagen, daß auch ein enger Kontakt zur sowjetischen Militär-Administration in Karlshorst bestand. Stoph ist einer der Männer, die verantwortlich für die geheime Aufrüstung in der Sowjetzone zeichneten - als Innenminister wird er sie nun offen durchführen.

+ + +

Die Antwort der Enttäuschten

(sp) Wenn es für die Enttäuschung über die Ergebnisse der Bonner Politik, die in den jüngsten Wochen die Probleme Generalvertrag, Lastenausgleich und Betriebsverfassungsgesetz sichtbar machten, eines Beweises bedurfte, so hat ihn die Nachwahl in Bremen-Nord geliefert. Hier hat ein einfacher, bisher kaum bekannter Zimmermeister und Stadtrat als Kandidat der Sozialdemokratie im Kampf mit der gesamten Regierungskoalition und dem BHE mit 51 Prozent aller Stimmen den Sieg errungen gegenüber 37 Prozent Stimmenanteil der SPD in der Bundestagswahl 1949.

Schon im Wahlkampf lief die Parole um: Hier leiste der Generalmajor Remer einen "Wehr"-Beitrag für die SPD, denn der jetzige Bundestagsabgeordnete der SPD heißt Philipp Wehr. Es hat nicht an Angeboten des Wahlblocks gefehlt, die vorjährigen Wahlschulden der SRP zu bezahlen, um sie vom Kandidieren abzuhalten. Remers Wahl-schulden wurden von der Bremerhavener Fischwirtschaft bezahlt und so kandidierte er doch. Aber selbst wenn man seine gegenüber der Senatswahl 1951 um fast 2000 auf 11.319 angewachsenen Wählerstimmen (11,9 Prozent) den Stimmen des Wahlblocks, die seit 1949 von 48.105 = 44,2 Prozent auf 35.132 = 36,8 Prozent absanken, hinzurechnet, so hätten Wahlblock und SRP zusammen die SPD nicht erreicht. Denn die SPD erhielt bei verringerter Wahlbeteiligung (1951 = 81,1 Prozent aber 1952 nur 70,7 Prozent) 48.883 Stimmen = 51,3 Prozent gegenüber 41.914 = 38,6 Prozent bei der Senatswahl 1951.

Aber, so werden Wahlblock und Kommunisten sagen, der Sieg des SPD-Kandidaten ist nur durch die Stimmen der Kommunisten möglich geworden, die ebenfalls zu seiner Wahl aufgefordert hatten. Die SPD hat sich gegen diese Wahlhilfe der KP auf das Entschiedenste verwahrt und betrachtet sie als ein Manöver, den chronischen Stimmen-schwund der KP hinter den Erfolgen der SPD zu verstecken. Aber selbst wenn man trotz verringerter Wahlbeteiligung den vollen Stimmenanteil der KP bei der Bundestagswahl 1949, nämlich 7.575 von den Stimmen der SPD abzieht, so verbleibt gegenüber den vier Parteien des Wahlblocks ein Stimmenüberschuß von 6000, der ausreicht, um das Bremer Ergebnis als grandiosen Sieg der SPD zu charakterisieren.

Entscheidend für die Beurteilung unserer politischen Gesamtsituation sind folgende Überlegungen: Die SPD hatte ohne KP ausreichend Stimmen zum Sieg. Der Wahlblock hat selbst mit Remers Stimmen keine ausreichende Mehrheit, ja er muß sich über seinen Verlust damit trösten, daß er diese demokratiefeindlichen Wähler in sein politisches Reservoir einbezieht. Das nimmt ihm aber selbst jede demokratische Legitimation und das Recht auf den Führungsanspruch in Bonn und unterstreicht nachdrücklichst die berechnete Forderung der SPD nach Neuwahl des Bundestags. Hier erteilte die Bremer Bevölkerung die Antwort auf die Politik der Bonner Koalition. Es war eine auch verhängnisvolle politische Fehlspekulation des BHE, sich in die Verlustserie der vertriebenenfeindlichen Koalition zu verketten. Denn der Bremer Wahlausgang ist eindeutig die Quittung der Enttäuschten.

In der eigenen Demagogie verstrickt

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Die Stuttgarter Regierungsbildung hat vielen Schwaben und Badenern so etwas wie einen politischen Schock versetzt: Anders kann man das, was in diesen Wochen zu hören und zu lesen war, nicht bezeichnen. Namentlich für die südlichen Teile des neuen Bundeslandes ward dadurch das Unvorstellbare zum Ereignis: Es geht auch ohne CDU !-

Man kann verstehen, daß so etwas einige Nervosität hervorrief in den Kreisen, die bisher gewohnt waren, die alleinseligmachende Regierung zu bilden. Aber trotzdem sollte man, in die Opposition verwiesen, sich nicht als schlechter Verlierer erweisen und nicht so rasch, kaum hat der Hahn gekräht, verleugnen, was man vor Tisch, am fraktionellen Verhandlungstisch, vierzehn Tage vorher selber angeboten und angebetet hatte. So etwas sieht dann nach verdammter unehrlicher Machtpolitik aus.

Vom See bis an des Maines Strand entrüstet man sich in wohlein-studierten Chören über die Zahl der Ministersitze der anderen - in- dessen als man selber noch hoffte, in dem Sessel Platz zu nehmen, da schlug die CDU für den Fall einer Zweierkoalition mit der SPD acht Ministerien, bei einer großen Koalition neun Minister vor. Nun aber ertönt der stets erfolgssichere Ruf nach Sparsamkeit, weil der Ministerpräsident sich genau so viele Minister koordinierte, - aller- dings aus SPD und BHE. Vor Tisch war die CDU, in ihrem Entwurf steht es in § 2 wörtlich, dafür, daß die Verfassungegebende Versammlung zugleich die Funktionen eines Landtags übernehme; heute, vierzehn Tage später, ist das eine Vergewaltigung des Volkes ... und, natür- lich, der alten Regierungen mit ihren halb oder ganz absoluten CDU- Mehrheiten. Jetzt will man durch ein Volksbegehren die Landesver- sammlung torpedieren; als man selber noch sich als kommende Regie- rungspartei fühlte, war keine Rede vom Volkswillen. Heute CD-unknt man über die Ernennung von Staatssekretären, obwohl diese schöne Idee aus dem eigenen Entwurf stammt und dann von den Regierungs- parteien übernommen wurde. Heute verlangt man schon die Festlegung

einer Volksabstimmung über die noch auszuarbeitende Verfassung, als ob eine solche Bestimmung nicht erst Bestandteil der Verfassung sein sollte.

Landauf, landab wird gegen die neue Regierung Stimmung gemacht und ihre Bildung als gröblicher Bruch demokratischer Rechte hingestellt: Vor Tisch aber störte die südbadische ODU-Diktatur die demokratischen Gralshüter so wenig, wie vor wenigen Wochen die Einführung der Konfessionsschule in Nordrhein-Westfalen mit vier Stimmen Mehrheit, wie rasch können sich die christlich-demokratischen Werte ändern, je nachdem man an der politischen Börse in Hausse oder in Baisse liegt. Mit einer echten und verantwortungsbewußten parlamentarischen Opposition hat das aber dann nichts mehr zu tun.

+ + +

"Spaltung Deutschlands - Keim für kriegerische Konflikte"

(sp) Am Parteitag der Sozialistischen Arbeiterpartei des Kantons Schaffhausen hielt der Vorsitzende der kantonalen Partei, Nationalrat Walter Bringolf, Fraktionspräsident der Bundesversammlung und Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des schweizer Parlamentes, ein Referat über die internationale Lage. Eingehend verbreitete er sich dabei auch über die Deutschlandfrage. Zu der letzten Note der Sowjetunion äußerte sich Bringolf nach der "Arbeiterzeitung" wie folgt: "Wer für die Verständigung ist über die Erhaltung des Friedens, sollte keine Gelegenheit versäumen, eine solche auszunutzen. Jetzt steht für Deutschland die Frage, ob ein Vierergespräch zustande kommt. Die deutsche Sozialdemokratie spürt die ungeheure Bedeutung der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, aber auch die Gefahren, die sich aus einer Wiederaufrüstung ergeben, wenn Deutschland gespalten bleiben sollte. In der Spaltung liegt der Keim für neue kriegerische Konflikte. ..."

Für das Vierergespräch sind die deutschen Sozialdemokraten auch deshalb eingetreten, weil Dr. Adenauer sich mit der Spaltung abgefunden zu haben scheint, Wer den Gedanken der Einheit Deutschlands aufgibt, sich mit der Spaltung abfindet, muß früher oder später mit seiner Politik scheitern, weil sie den Weg für eine Politik freigibt, die zum Nationalsozialismus führt".

Verantwortlich: Peter Raunau